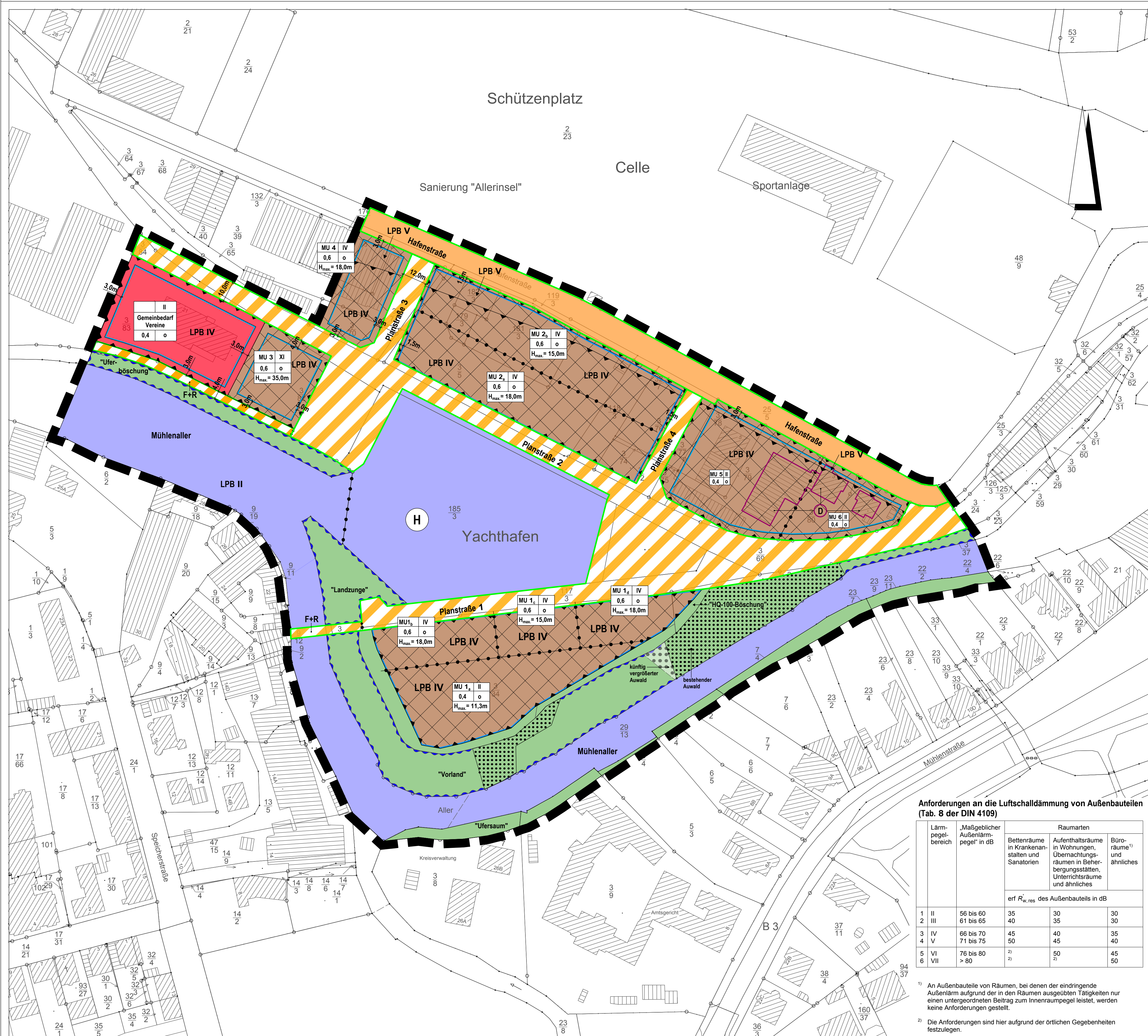


# Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil "Allerinsel"



## Planzeichenerklärung

Festsetzungen gem. Planzeichenverordnung PlanZV90  
(Baugesetzbuch (BauGB) und Baunutzungsverordnung (BauNVO)  
in der jeweils zur Zeit geltenden Fassung)

### Art der baulichen Nutzung

	<b>Urbane Gebiete</b> Die festgesetzten Buchstaben ... in den MU 1 und MU 2 dienen nur der eindeutigen Orientierung im Plan	(§ 6a BauNVO)
	Fläche für Gemeinbedarf	(§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

### Maß der baulichen Nutzung

0,4	Grundflächenzahl GRZ (z.B.)	(§ 19 BauNVO)
IV	Zahl der Vollgeschosse (als Höchstmaß, z.B.)	(§ 20 BauNVO)
H <sub>max</sub> = 15,0 m	maximal zulässige Gebäudehöhe (z.B.)	(s. Textliche Festsetzung 1.2.3)

### Bauweise, Baugrenzen

	offene Bauweise	(§ 22 Abs. 2 BauNVO)
	Baugrenze (mit durchgezogener Bestimmungslinie)	(Ziffer 3.5 PlanZV)

### Verkehrsflächen

	öffentliche Straßenverkehrsfläche	(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
	öffentliche Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung	(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
	Planstraße	
	Fuß- und Radweg	
	Straßenbegrenzungslinie	

### Öffentliche Grünflächen (mit Bezeichnung)

	"Landzunge"	(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
	bestehender Auwald	(§ 9 Abs. 1 Nr. 18 b) BauGB)
	künftiger Auwald	(§ 9 Abs. 1 Nr. 18 b) BauGB)

### Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

	Wasserfläche H = Hafen	(§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)
	Flächen für den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses.	(§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

### Sonstige Planzeichen

	Baudenkmal (nachrichtlich)	(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
	Umgrenzung von Flächen für Vorkehrungen gegen schädliche Umwelteinwirkungen (Lärm) Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109 (z.B.)	(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
	Abgrenzung von Bereichen mit unterschiedlichen Festsetzungen, z.B. hinsichtlich Ausnutzung, Höhe etc.	(§ 16 Abs. 5 BauNVO)
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans	

## Hinweise

Grundlage für die geodätische Übertragbarkeit des Bebauungsplans ist der Straßenausbauplan der Stadt Celle für die Durchführung der Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich des Celler Stadthafens.

### Artenschutzmaßnahmen

Bei der Anlage der Beleuchtung sind Lampen zu wählen, die die Fallenwirkung für Insekten reduzieren, wie z.B. Naturlichtdampf-Hochdrucklampen. Für den Schutz der Feldvögel sind die Bau- und Erschließungsarbeiten auf die Brutzeiten abzustimmen.

### Grundstücksentwässerung

Das anfallende nicht verunreinigte Niederschlagswasser ist gem. Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Celle und nach § 96 Abs. 3 NWG auf dem jeweiligen Grundstück zu versickern. Ein Ableiten des Niederschlagswassers vom Grundstück auf die öffentlichen Verkehrsflächen oder auf Nachbargrundstücke ist nicht zulässig.

### Geltungsbereich des Bebauungsplans

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 3/1, 3/5, 3/7, 3/19, 3/20, 3/21, 3/33, 3/34, 3/35, 3/36, 3/37, 3/38 (tlw.), 3/70, 3/71, 3/72, 3/74, 3/75, 3/76, 3/77, 3/78, 3/79, 3/80, 3/82, 3/83, 3/84, 5/3 (tlw.), 6/4, 7/2, 7/4, 9/11, 22/2, 22/4, 23/3, 23/5, 23/7, 23/9, 23/11, 25/5 (tlw.), 29/2 (tlw.), 29/13 (tlw.), 32/7, 117/3, 118/3, 119/3, 179/3, 181/3, 182/3, 185/3 der Flur ... Gemarkung Celle sowie für die erforderliche externe Kompensation die Flurstücke 42/1, 46/3, 167/5, 168/6 und 170/6 der Flur 6, Gemarkung Celle.

## Textliche Festsetzungen

### 1.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

#### 1.1.1 Urbane Gebiete (MU 1 bis MU 6)

1. Urbane Gebiete dienen dem Wohnen sowie der Unterbringung von Gewerbebetrieben und sozialen, kulturellen und anderen Einrichtungen, die die Wohnnutzung nicht wesentlich stören.
2. Die Nutzungsmischung muss nicht gleichgewichtig sein.
3. Zulässig sind:
  1. Wohngebäude,
  2. Geschäften- und Bürogebäude,
  3. Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
  4. sonstige Gewerbebetriebe,
  5. Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.
3. Abweichend von (2) 1. ist im MU 6 außer in den dort bestehenden Wohngebäuden, die Bestandsschutz genießen, mit Rücksicht auf die Emissionen des benachbarten Silo-Betriebes keine weitere Wohnnutzung zulässig.
4. Unter Bezug auf § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO wird festgesetzt, dass die in Urbanen Gebieten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen - nämlich Vergnügungslstätten, die wegen ihrer Zweckbestimmung oder ihres Umfangs nur in Kerngebieten zulässig sind sowie Tankstellen - in den MU 1 bis MU 6 unzulässig sind.

### 1.2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16 bis 20 BauNVO)

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl (GRZ), die Zahl der Vollgeschosse und durch die Höhe der baulichen Anlagen bestimmt. Die Grundflächenzahl ist ein Höchstwert, der ausnutzbar ist, soweit die Festsetzung der überbaubaren Flächen und die Bestimmungen der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) nicht eine geringere Ausnutzung erforderlich machen.

#### 1.2.1 Grundflächenzahl (GRZ)

- (1) In den Baugebieten werden bereichsweise differenzierte Grundflächenzahlen von 0,4 bis 0,6 festgesetzt.
- (2) Die zum Nachweis der Stellplätze erforderlichen Tiefgaragen werden unter Bezug auf § 21 a (1) BauNVO nicht auf die zulässige GRZ sowie die zulässige Zahl der Vollgeschosse angerechnet.
- (3) Die festgesetzte Grundflächenzahl darf durch die Grundflächen von Zufahrten, Wegen und Terrassen um bis zu 25 % überschritten werden.

#### 1.2.2 Zahl der Vollgeschosse - Höchstgrenze

In den Baugebieten werden bereichsweise unterschiedliche Zahlen zulässiger Vollgeschosse festgesetzt:  
im Urbanen Gebiet MU 1 bereichsweise 2, 3 und 4 Vollgeschosse (II, III und IV)  
im Urbanen Gebiet MU 2 vier Vollgeschosse (IV)  
im MU 3 elf Vollgeschosse (XI)  
im MU 4 vier Vollgeschosse (IV)  
im MU 5 und MU 6 zwei Vollgeschosse (II)

#### 1.2.3 Höhe baulicher Anlagen

- (1) Die Höhe der baulichen Anlagen (§ 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO) wird bestimmt durch:  
maximal zulässige Höhenmaße (H<sub>max</sub>), die in den Baugebieten bereichsweise variieren.  
Die festgesetzten maximal zulässigen Gebäudehöhen beziehen sich jeweils auf die Oberkanten der Erschließung der Baugrundstücke erforderlichen angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen / Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung und beziehen alle baukonstruktiv erforderlichen Elemente wie massive Brüstungen, Attiken, Abdeckungen, Verwahrungen etc. mit ein.
- (2) Filigrane und / oder transparente Geländer können über die unter (2) genannten baukonstruktiven Elemente in der Höhe hinausgehen.
- (3) Untergeordnete technische Aufbauten können im Einzelfall genehmigt werden.

### 1.3 Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 und 14 BauNVO)

- (1) Die erforderlichen Stellplätze für die entstehenden Wohnungen (Faktor 1,0 EP je WE) sind innerhalb der MU-Gebiete nachzuweisen, wobei aus Platzgründen die Unterbringung in Tiefgaragen obligatorisch ist. Unter besonderen Umständen kann von dieser Regelung abgewichen werden, wenn alternative Konzepte angeboten werden.
- (2) Auf den nichtüberbaubaren Grundstücksflächen zwischen der Baugrenze und der Straßenbegrenzungslinie (Vorgartenbereich) sind Nebenanlagen im Sinne von § 14 BauNVO unzulässig; ausgenommen sind Einfriedigungen bis zu einer Höhe von 1,2 m sowie Zufahrten und Wege.

### 1.4 Schutzmaßnahmen vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 (1) Nr. 24 BauGB)

#### 1.4.1 Schallschutz von Wohn- und Aufenthaltsräumen:

- (1) Aufgrund der Überschreitungen der mit Bezug auf die TA Lärm angenommenen Orientierungswerte für Urbane Gebiete von 63 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts durch den Verkehrslärm des Schienen- und Straßenverkehrs sind im gesamten Plangebiet Maßnahmen zum passiven Schallschutz vorzusehen, die mit der Festlegung der Lärmpegelbereiche für die künftige Bebauung zwingend erforderlich werden. Die konkrete Ausgestaltung wird im Zuge der Bauantragstellung festgelegt.
- (2) Fenster von schutzbedürftigen Aufenthaltsräumen sind vorzugsweise und Außenwohnbereiche (Terrassen, Balkone...) ausschließlich in den Gebieten MU 1, MU 2, MU 4 und MU 5 auf der der Hafenstraße abgewandten Gebäudesseite anzuordnen.
- (3) Sollte diese Anordnung bei Aufenthaltsräumen nicht möglich sein, sind die sich aus den festgesetzten Lärmpegelbereichen nach DIN 4109 ergebenden Anforderungen an den baulichen Schallschutz zu beachten (s. Tabelle rechts unten neben der Planzeichnung). Im gesamten Plangebiet ist bei Räumen, die zum Schlafen genutzt werden, ein ausreichender Luftwechsel bei geschlossenen Fenstern sicherzustellen; dies kann z.B. durch den Einbau schalldämmter Lüftungseinrichtungen geschehen.
- (5) In Betracht kommen unter anderem sogenannte „Hamburger bzw. Hafencity Fenster“, die in geöffnetem oder teilgeöffneten Zustand einen Innenraumpegel von 30 dB(A) erreichen sowie auch Festverglasungen neben weiteren begleitenden Elementen (z.B. Freischieben oder schallschaltenden Fassadelementen).
- (6) Ausnahmen von den Festsetzungen zu den erforderlichen Schallschütz-Maßen der Außenbauteile sind zulässig, wenn im Einzelfall der Nachweis erbracht wird, dass z. B. durch die Gebäudegeometrie an Fassadenabschnitten geringere Lärmpegelbereiche als die festgesetzten erreicht werden können.

#### 1.4.2 Lärmschutz von Freibereichen:

Innerhalb der im Bebauungsplan festgesetzten MU 2, 4 und 5 sind innerhalb der Lärmpegelbereiche IV und V die Außenwohnbereiche grundsätzlich auf der der Hafenstraße abgewandten Fassadenseite anzuordnen. Außenwohnbereiche wie Terrassen und Balkone sind durch ihre Lage oder durch bauliche Maßnahmen, wie z.B. verglaste Terrassenwände so zu schützen, dass die Immissions-Grenzwerte gemäß 16. BlmschV von max. 59 dB(A) eingehalten werden.

### 1.5 Vergrößerung des Auwaldes

Zur Verbesserung der Funktionen des bestehenden Auwaldes am Nordufer der Mühlenaller wird dieser nach Westen vergrößert. Es erfolgt eine Pflanzung von 20 Eschen (*Fraxinus excelsior*) auf der Fläche, die dann der natürlichen Sukzession überlassen bleibt.

## 1.6 Externe Maßnahmen zur Kompensation

**Flächen zur Kompensation:** Zum Ausgleich für Eingriffe in Natur, Landschaft und Boden sind gemäß § 1 a Abs. 3 Satz 4 des Baugesetzbuches (BauGB) auf den nachfolgend genannten Flächen folgende Maßnahmen durchzuführen: Flurst. 42/1, 46/3, 167/5, 168/6 und 170/6 der Gemarkung Celle, Flur 6.  
**Grünlandentwicklung:** Sonstiges feuchtes Intensivgrünland (GIU) wird in einem Umfang von 7.889 m² zu mesophil Grünland mäßig feuchter Standorte (GMF) entwickelt.  
**Magerrasenentwicklung:** Eine Fläche von 3.905 m² wird von einer halbruderalen Gras- und Staudenflur trockener Standorte (UHT) zu einem Mischtyp aus sonstigem Sandtrockenrasen (RSZ) und halbruderaler Gras- und Staudenflur trockener Standorte (UHT) entwickelt.  
**Gebüschentwicklung:** Auf einer Fläche von 4.132 m² wird das bestehende sonstige naturnahe Sukzessionsgebüsch (BRS) zu Laubgebüsch trockenwarmer Sandstandorte (BTS) bzw. zu einem Mischtyp aus beidem entwickelt.  
**Zuordnung der Flächen:** (§ 9 Abs. 1a und § 135a BauGB)  
Mit den vorgenannten Maßnahmen werden 22.872 Werteinheiten erreicht, die die benötigten 22.559 Werteinheiten kompensieren. Mit den Maßnahmen geschieht gleichzeitig eine Aufwertung von 11.362 m² Boden der Wertstufe III (von allgemeiner Bedeutung) zur Wertstufe IV (von besonderer bis allgemeiner Bedeutung), womit die „Naturnähe“ der Böden erhöht wird und der Kompensationsbedarf von 2.102 m² ausgeglichen wird.  
Die Kompensationsmaßnahmen nach 1.4.1 werden gemäß § 9 Abs. 1a BauGB den Grundstücksflächen, auf denen Eingriffe in Natur, Landschaft und Boden ermöglicht werden, als Sammel-Kompensationsmaßnahme zugeordnet. Die Kompensationsmaßnahmen werden von der Stadt Celle gemäß „Satzung der Stadt Celle zur Erhebung von Kostenersatzungen“ betragen nach §§ 135a - 135c Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 20.12.2015 auf Kosten der Vorhabenträger oder Grundstückseigentümer durchgeführt. Die Maßstäbe zu Umfang, Ermittlung und Verteilung der erstattungsfähigen Kosten ergeben sich aus den Regelungen der vorgenannten Satzung.

## Rechtsgrundlagen

**Baugesetzbuch (BauGB)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 ( zuletzt geändert durch das „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenhanges in der Stadt“ vom 12.05.2017, BGBl. I Nr. 25 S. 1057 ff.).

### Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO)

in der Fassung vom 23.10.1990 (BGBl. I, S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057).

**Planzeichenverordnung (PlanZV)** vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20.12.2017 (BGBl. I S. 1509).

**Niedersächsische Bauordnung (NBauO) 2012** in der Fassung vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S.46) sowie

**Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)** vom 01.11.2011, zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 12. November 2015 (Nds. GVBl. S. 311).

## Verfahrensvermerke

### Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 07.02.2012 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.138 I. Teil „Allerinsel“ gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 21.09.2013 ortsüblich bekannt gemacht.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB hat vom 01.10.2013 bis zum 25.10.2013, die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vom 09.10.2013 bis zum 08.11.2013 stattgefunden.

### Planverfasser

Der Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil „Allerinsel“ wurde ausgearbeitet von:  
Planungsgruppe Stadtlandschaft, Hannover in enger Abstimmung mit Fachdienst Strategische Stadtentwicklung, Projekte und Liegenschaften, Abteilung Stadtplanung

Hannover, den 10.07.2018

gez. Dr.-Ing. Harald Meyer  
Dr.-Ing. Harald Meyer

### Planunterlage

Kartengrundlage:	Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) Katasteramt Celle (L4-448/2013) Gemarkung: Celle, Flur 30, Flurstück 185/3 u. a. Maßstab: 1 : 1.000
© 2016	
	Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg Katasteramt Celle

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand: 28.04.2016). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Celle, den 06.09.2018

gez. Stronk, VmOR  
Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen (LGLN)  
- RD Braunschweig-Wolfsburg Katasteramt Celle -

## Öffentliche Auslegung

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 14.06.2016 dem Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil „Allerinsel“ und der zugehörigen Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Der Beschluss über die öffentliche Auslegung sowie deren Ort und Dauer wurden am 09.07.2016 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil „Allerinsel“ und die zugehörige Begründung sowie der Grünordnungsplan und eine Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung haben in der Zeit vom 19.06. 2016 bis 22.08.2016 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Celle, den 10.09.2018

gez. Dr. Nigge  
Oberbürgermeister

## Erneute öffentliche Auslegung

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 01.02.2017 dem Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil „Allerinsel“ und der zugehörigen Begründung zugestimmt und seine erneute öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Der Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung sowie deren Ort und Dauer wurden am 04.02.2017 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil „Allerinsel“ und die zugehörige Begründung sowie der Grünordnungsplan und eine Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung haben in der Zeit vom 14.02. 2017 bis 14.03.2017 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegen.

Celle, den 10.09.2018

gez. Dr. Nigge  
Oberbürgermeister

## Erneute - dritte - öffentliche Auslegung

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 25.10.2017 dem Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil „Allerinsel“ und der zugehörigen Begründung zugestimmt und seine erneute - dritte - öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Der Beschluss über die erneute - dritte - öffentliche Auslegung sowie deren Ort und Dauer wurden am 28.10.2017 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil „Allerinsel“ und die zugehörige Begründung sowie der Grünordnungsplan und eine Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung haben in der Zeit vom 07.11. 2017 bis 07.12.2017 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegen.

Celle, den 10.09.2018

gez. Dr. Nigge  
Oberbürgermeister

## Satzungsbeschluss

Der Rat der Stadt Celle hat den Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil „Allerinsel“ nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 20.06.2018 als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie die zugehörige Begründung beschlossen.

Celle, den 10.09.2018

gez. Dr. Nigge  
Oberbürgermeister

## Ausgefertigt

am 10.09.2018

gez. Dr. Nigge  
Oberbürgermeister

## Inkrafttreten

Der Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil „Allerinsel“ ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 13.09.2018 im Amtsblatt für den Landkreis Celle bekannt gemacht worden. Mit diesem Tage ist der Bebauungsplan in Kraft getreten.

Celle, den 25.09.2018

gez. Dr. Nigge  
Oberbürgermeister

## Verletzung von Vorschriften

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 138 I. Teil „Allerinsel“ ist die Verletzung von Vorschriften nicht geltend gemacht worden.

Celle, den \_\_\_\_201\_\_

Oberbürgermeister

## Präambel

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 56 und 98 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in Verbindung mit § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt Celle diesen Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil „Allerinsel“ bestehend aus der Planzeichnung und den Textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

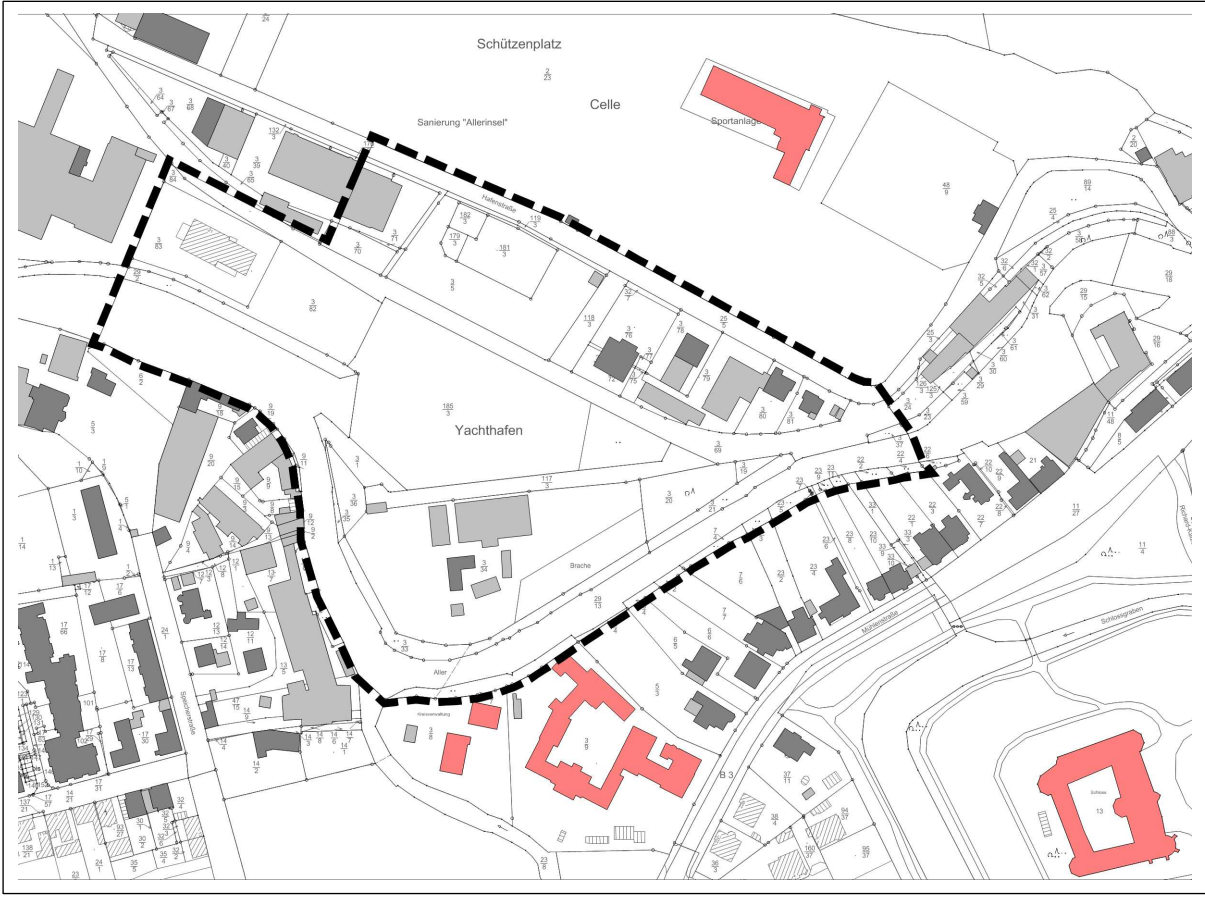
Celle, den 10.09.2018

gez. Dr. Nigge  
Oberbürgermeister

# Stadt Celle

## Bebauungsplan Nr. 138 I. Teil

# "Allerinsel"



Übersicht ohne Maßstab

Kartengrundlage: DGK, Vervielfältigungs Erlaubnis erteilt durch das Katasteramt Celle

## PLANURKUNDE

### Stadtplanung

Stadt Celle - Der Oberbürgermeister

Fachdienst 60 - Strategische Stadtentwicklung,

Stand: 12.01.2018

Abteilung 60.1 - Stadtplanung

Satzung

Tel. 05141-126019 / Fax 05141-126099  
Am Französischen Garten 1, 29221 Celle

M. 1:1.000